



Duisburger Institut für Sprach-
und Sozialforschung e.V.

Siegstr. 15
47051 Duisburg

Tel.: 0203 20249 FAX: 0203 287881

email: diss@uni-duisburg.de

Duisburg, 18. August 2003

Initiative für eine Verbesserung der Berufschancen für Migrantinnen und Migranten in der Region Emscher-Lippe

Arbeitspaket 5: Auswertung der lokalen Medienberichterstattung zum Thema Migranten, Ausbildung, Bildung und Bildungsbeteiligung

In Wissenschaft und Politik hat sich seit einigen Jahren die Erkenntnis durchgesetzt, dass der mediale Diskurs für die Herstellung von Handlungsbereitschaften auf allen gesellschaftlichen Ebenen von entscheidender Bedeutung ist. Eine Initiative, die die Berufschancen für Migrantinnen zu verbessern sucht, muss deshalb diesen Diskurs immer vor Augen haben, um ggfls. auf ihn einwirken zu können. Die Deutungsmuster, die sich hier über den Zusammenhang von Migration, Arbeitsmarkt und Bildung auffinden lassen, sind für die Bereitschaft, die Chancengleichheit für Migrantinnen zu erhöhen, handlungsleitend.

Die vorliegende Analyse will diesen Zusammenhang auf der lokalen bzw. regionalen Ebene erfassen. Dabei wird davon ausgegangen, dass der regionale Mediendiskurs mit anderen Mediendiskursen eng verwoben ist. Inhalte überlokaler Diskurse fließen in die lokale Berichterstattung ein. Es ist davon auszugehen, dass die lokalen Ereignisse vor dem Hintergrund dieser Diskurse – vor allem natürlich dem der Medien – beachtet und bewertet werden. Die regionale Berichterstattung konkretisiert insofern die allgemeinen Deutungsmuster anhand lokal stattfindender Diskussionen und/oder Begebenheiten.

Da das angezielte Netzwerk, mit dem die beruflichen Chancen von Migrantinnen verbessert werden sollen, sich vor allem auf lokal agierende Handlungsträger stützen müssen wird, ist die Betrachtung dieser diskursiven Ebene von vorrangiger Bedeutung, da in den Lokalredaktionen potentielle Ansprechpartnerinnen arbeiten, mit denen eine Kooperation angestrebt werden sollte.

Beim Themenkomplex Bildung, Arbeitsmarkt und Migration handelt es sich um eine Verschränkung von mindestens drei Diskursen. Um ihn erfassen zu können, ist es sinnvoll und geboten, die Untersuchung in einem der drei Diskursstränge vorzunehmen. Hier bietet sich das Thema Bildung allein schon deshalb an, weil die Betrachtung von Migration aus dieser Perspektive den Stellenwert aufweisen kann, der diesem Thema innerhalb der Gesellschaft zukommt. Außerdem werden im Sektor Bildung die Anforderungen und Werte formuliert, mit denen die Subjekte auch auf dem Arbeitsmarkt konfrontiert werden. Wenn hier Sensibilität und Problembewusstsein existiert, ist der

Anschluss an den Arbeitsmarkt leichter zu bewerkstelligen. Die folgende Analyse umfasst daher alle Artikel, in denen Bildung/Ausbildung (in einem bestimmten Zeitraum) zum Thema gemacht wird. Sodann wird danach gefragt, ob diese Artikel auch die Themen Migration und Arbeitsmarkt ansprechen.

Beschreibung des Analyseverfahrens

Insofern liegen dieser Analyse solche Artikel zugrunde, die in bestimmten Zeiträumen in den lokalen Medien zu Bildung und Ausbildung veröffentlicht wurden. Bei der Festlegung der Untersuchungszeiträume wurde die alltägliche Berichterstattung mit der Berichterstattung zu einem größeren „Medien“-Ereignis kombiniert.

Konkret wurden Artikel aus den Monaten Dezember 2001, September 2002 sowie Januar 2003 in die Analyse aufgenommen. Anfang Dezember 2001 wurde die PISA-Studie veröffentlicht, die im gesamten Blätterwald mit großer Resonanz rezipiert wurde. Aus diesem Grund wurde der Dezember in den Analysezeitraum einbezogen. Im September beginnen in Deutschland in der Regel die Ausbildungsverhältnisse. Deshalb war zu erwarten, dass in diesem Zeitraum über Bildung und Ausbildung besonders intensiv berichtet wird. Schließlich wurde der Januar 2003 auch deshalb ausgewählt, weil zu Beginn des Jahres einerseits die Arbeitslosenstatistiken – evtl. im Vergleich mit Vorjahren oder Quartalen – veröffentlicht werden. Zum anderen konnte damit eine Phase „unspektakulärer“ Berichterstattung eingefangen werden.¹

Bei der Auswahl der Zeitungen wurden einerseits unterschiedliche politische Positionen wie auch Verbreitungsgrad in der Stadt berücksichtigt. Folgende Zeitungen wurden einbezogen:

- WAZ BOTTRUP
- WAZ CASTROP-RAUXEL
- DATTELNER MORGENPOST
- DORSTENER ZEITUNG
- BUERSCHE ZEITUNG (FÜR GELSENKIRCHEN)
- WAZ GLADBECK
- HALTERNER ZEITUNG
- HERTENER ALLGEMEINE
- MARLER ZEITUNG
- STIMBERG-ZEITUNG (FÜR OER-ERKENSCHWICK)
- RECKLINGHÄUSER ZEITUNG
- WALTROPER ZEITUNG

Alle Artikel, die in den genannten Zeiträumen – sowohl im Mantel wie auch im Lokalteil – in diesen Zeitungen zu bildungspolitischen Themen erschienen, wurden in das

¹ Der Januar wurde allerdings nur bis zum 15.1.2003 erfasst. Der Grund ist darin zu sehen, dass einerseits möglichst aktuelle Berichte aufgenommen werden sollten, andererseits das Projekt, zu dem diese Teil-Analyse beigesteuert wird, bereits am 1.1.2003 für einen Zeitraum von nur sechs Monaten startete.

Materialdossier aufgenommen.² Auf diese Weise entstand ein Dossier von insgesamt 332 Artikeln, die analysiert wurden.

Die Artikel wurden mittels einer Datenbank archiviert. In diese Datenbank wurden nicht nur ihre Positionierung (Erscheinungsort, Bebilderung, etc.) innerhalb der Zeitung, sondern auch die angesprochenen Themen, verwendete Symbole und die wesentlichen Aussagen des Artikels festgehalten.

Folgende Parameter wurden erfasst:

- Erscheinungsort (Mantel oder Lokalzeitung)
- Datum,
- Titel und Untertitel
- Fotos, Grafiken, ggfls. Bildunterschriften bzw. -beschreibung
- Textsorte (Kommentar, Bericht, Nachricht, Leserbrief etc.)
- Quelle (Agentur oder Redakteur)
- Inhalt
- Verschränkung mit Migration
- Andere angesprochene Themen ausdem Sektor Bildung und Arbeitsmarkt
- Akteure und Zuschreibungen
- Eingesetzte Metaphern und Kollektivsymbole³

Es zeigte sich, dass innerhalb der Artikel insgesamt 14 Themen zu den komplexen Bildung und Arbeitsmarkt angesprochen wurden

- Schulsystem: Aussagen zur Organisation von Bildung: mehrgliedriges Schulsystem, Ganztagschule, Privatschulen etc.
- Bildungspolitik: Aussagen zu den Zielen deutscher Bildungspolitik. Unterrichtscurricula, Chancengleichheit, etc.
- Pisa: Aussagen in Verbindung mit der PISA-Studie
- Reformen: Aussagen zur Schul- und Bildungsreform
- Lehrer: Aussagen zur Verantwortung von Lehrern für die derzeitige Bildungssituation, aber auch zu ihren Arbeitsbedingungen, Lehrerausbildung und -weiterbildung

² Für Ortsunkundige sei hinzugefügt, dass die überlokalen Ausgaben der Zeitungen aus dem Bauer-Verlag (Buersche Zeitung, Dattelner Morgenpost, Hertener Allgemeine, Stimberg-Zeitung, Marler, Waltroper und Recklinghäuser Zeitung) identisch sind. Auch die Mantel-Ausgaben der Dorstener- und Halterner Zeitung (Ruhr-Nachrichten) sind identisch. Für die WAZ gilt gleiches. Um den überlokalen Teil vollständig abzudecken, wurden auch die Mantel-Ausgaben der Westfälischen Rundschau einbezogen.

³ Unter Kollektivsymbolen werden solche Symbole gefasst, mit denen gesellschaftliche Wirklichkeit gedeutet wird und die für alle Mitglieder der Gesellschaft unmittelbar verständlich sind. Man muss nicht im einzelnen wissen, was Krebs ist, um z.B. den Satz zu verstehen: Terror ist der Krebs der Gesellschaft.“ (vgl. hierzu auch Jürgen Link / Ulla Link-Heer: Kollektivsymbolik und Orientierungswissen. Das Beispiel des „Technisch-medizinischen Vehikelkörpers“, DER DEUTSCHUNTERRICHT 4/1994, 44-55 sowie Siegfried Jäger: Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung, Duisburg 2001, 127-158.

- Eltern: Verantwortung des Elternhauses für Erziehung und Bildung von Kindern und Jugendlichen
- Politik: Verantwortung der Politik (über Bildungspolitik hinaus) für die Erziehung und Bildung von Kindern und Jugendlichen
- Gesellschaft: allgemein gesellschaftliche Faktoren in Verbindung mit Bildungspolitik
- Finanzen: finanzielle Aspekte in Verbindung mit Bildung
- Erziehungswerte (ethische Werte): Sollen (und wenn ja, welche) Werte Kindern und Jugendlichen vermittelt werden?
- Ausbildung: berufliche Ausbildungssituation, Kooperationen zwischen Betrieben und Schulen
- Arbeitsmarkt: Aspekte des Arbeitsmarktes
- Arbeitslosigkeit

Die Artikel der drei Untersuchungsmonate wurden in einem ersten Schritt jeweils hinsichtlich ihrer generellen Struktur analysiert. Anschließend wurden die Artikel, in denen der Aspekt Migration angesprochen wird, unter dem Gesichtspunkt analysiert, welche thematischen Schwerpunkte mit welchen inhaltlichen Aussagefeldern aufgeworfen werden.

Strukturanalyse 1: Artikel aus dem Zeitraum 1.12. bis 31.12.2001

Insgesamt wurden während diesen Monats zu bildungspolitischen Themen 145 Artikel veröffentlicht. In 31 Artikeln (=21,4%) wurde ein Bezug zu Migration hergestellt. 114 Artikel (=78,6%) lassen diesen Bezug vermissen. Dies ist bereits ein Hinweis darauf, dass die Verschränkung von Migration und Bildung im deutschen Mediendiskurs nicht sehr stark ausgebildet ist.⁴ Über die Qualität dieser Verschränkung sagt dies jedoch nichts aus.

Bei der überwiegenden Zahl der Artikel handelt es sich um Nachrichten und Berichte (35 Nachrichten, 79 Berichte). Es wurden 5 Interviews veröffentlicht und 14 mal war die Bildung Gegenstand von Kommentaren. Die 12 Leserbriefe deuten an, dass das Thema Bildung, vor allem aber die im Dezember 2001 veröffentlichten Ergebnisse der PISA-Studie auch von den Leserinnen zur Kenntnis genommen wurden. Damit sind alle wichtigen Textsorten der Print-Medien vertreten. Dies zeigt, dass das Thema Bildung durchaus integraler Bestandteil dieses Diskurses war. (Ein Blick auf die Textsorten-Verteilung der Artikel mit Migrationsbezug zeigt, dass hier die Varianten eingeschränkter sind: es fehlt die Textsorte Interview. Angesichts der geringen Anzahl der Artikel ist dies jedoch nicht weiter zu beachten.)

Die Betrachtung der Positionierung der 145 Artikel innerhalb der Zeitung zeigt ein Übergewicht der Mantelausgaben. 101 Artikel (=69,7%) erscheinen in der Mantelausgabe, 44 Artikel in den Lokalausgaben (=30,3%) Bei den Artikeln mit Migrationsbezug ist das Verhältnis noch krasser: 26 der 32 Artikel erscheinen im

⁴ Von den 145 Artikeln wurden 45 Artikel mit Fotos oder Grafiken illustriert. Der Anteil der Artikel mit Migrationsbezug, denen Bilder zugeordnet waren, ist mit 11 Artikeln prozentual etwa entsprechend ihrem Anteil an dem gesamten Artikelcorpus (24,4%) vertreten. Der Migrationsaspekt kann somit auch in dieser Hinsicht nicht als herausragend angesehen werden.

Mantelteil der jeweiligen Zeitung. (=81,3%). Dieses Verhältnis zeigt, dass die Diskussion um die PISA-Studie vor allem überlokal geführt wurde.

Die Betrachtung der angesprochenen Themen zeigt erwartungsgemäß eine Dominanz der PISA-Studie. Sie wird in 100 Artikeln angesprochen. Das deutsche Schulsystem und die Bildungspolitik werden darüber hinaus häufig angesprochen, gefolgt von Arbeitsmarkt und Finanzen. (Abb. 1)

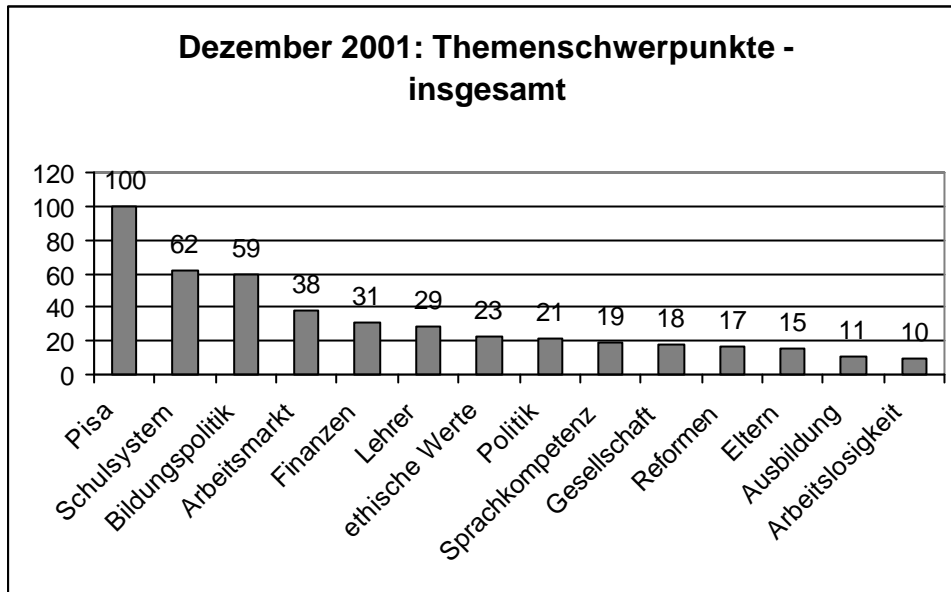


Abb. 1

Die Reihenfolge der Häufigkeit der angesprochenen Themen ist bei den Artikeln mit Migrationsbezug bei den ersten drei Themen gleich. (Abb. 2) Auch hier werden PISA-Studie, Schulsystem und Bildungspolitik am häufigsten thematisiert. An vierter Stelle rangiert dann jedoch die Sprachkompetenz, gefolgt vom Arbeitsmarkt.

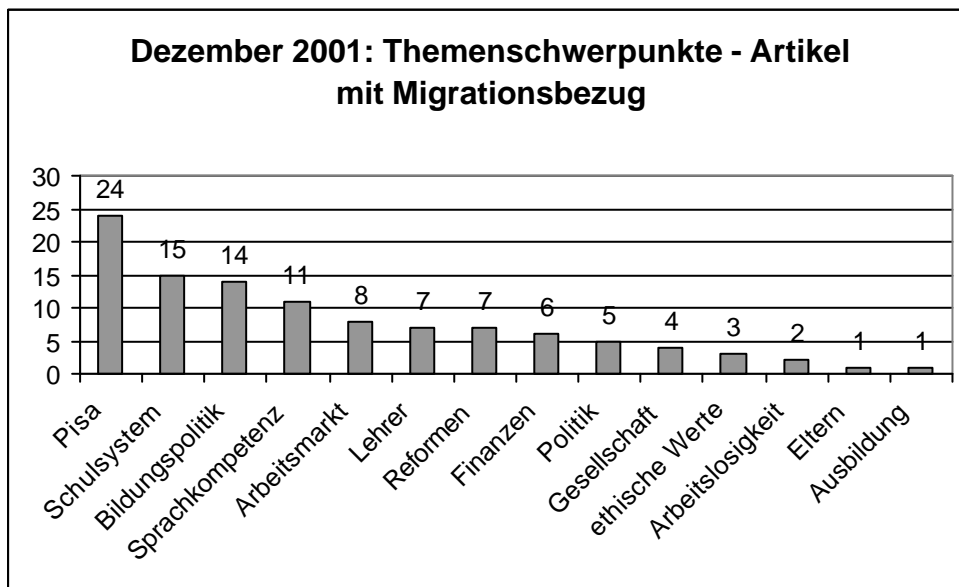


Abb. 2

Die inhaltliche Analyse wird zeigen, ob vor allem das Thema Arbeitsmarkt mit Aspekten von Migration in Verbindung gebracht wird. Bei dem Thema Sprachkompetenz ist dies zu erwarten, da es innerhalb des Migrationsdiskurses einen hohen Stellenwert einnimmt.

Strukturanalyse 2: Artikel aus dem Zeitraum 1.9. bis 30.9.2002

Im September 2002 wurden insgesamt 128 Artikel zu bildungspolitischen Themen veröffentlicht. In 26 Artikeln (=20,3%) wurde ein Bezug zu Migration hergestellt. Hier liegt somit eine ähnliche Relation vor, wie sie auch im Dezember-Zeitraum festzustellen war. Insofern bestätigt sich hier der Eindruck, dass die Verschränkung von Migration und Bildung im deutschen Mediendiskurs nicht sehr stark ausgebildet ist.⁵

Bei der überwiegenden Zahl der Artikel handelt es sich um Nachrichten und Berichte (60 Nachrichten, 59 Berichte). Drei Kommentare und fünf Leserbriefe erscheinen. Damit sind die Textsorten nicht so variantenreich wie im Dezember. Waren dort 79% der Artikel Berichte und Nachrichten, so sind es im September 2002 93%. Bei nur 3% (=4 Artikel) handelt es sich um Kommentare.⁶ Es erscheinen fünf Leserbriefe. Bildung, so zeigt sich, ist zwar integraler Bestandteil der Berichterstattung, wird aber nicht so häufig kommentiert. Letzteres ist bei den Artikeln mit Migrationsbezug überhaupt nicht der Fall. Hier finden sich allein Nachrichten, Berichte und Leserbriefe.

Die Betrachtung der Positionierung der 145 Artikel innerhalb der Zeitung zeigt einen deutlichen Unterschied zu der im Dezember 2001, als der größte Teil der Artikel im Mantel erschien. Im Vergleich dazu ist dieses Verhältnis im September 2002 ausgewogener. 61 der 129 Artikel erscheinen im Mantel, während 68 in den Lokalausgaben veröffentlicht wurden. Bei den Artikeln mit Migrationsbezug wird das Übergewicht der Lokalausgaben stärker: 17 der 22 Artikel erscheinen dort, während nur 9 im überlokalen Teil erscheinen. Dies zeigt, dass die Verschränkung von Bildung und Migration vorwiegend anhand lokaler Ereignisse vorgenommen wird und unterstreicht die Bedeutung, mit lokalen Handlungsträgern innerhalb der Medien zusammenzuarbeiten, da offenbar hier dieser Themenkomplex größere Beachtung findet.

In 69 Artikeln wird auf Ausbildung Bezug genommen. Auch der Arbeitsmarkt ist in Verbindung mit Bildung im September ein gewichtiges Thema (59 Artikel).

Wie auch im Dezember 2001 ist das Schulsystem auch im September ein weiteres wichtiges Thema. (Die PISA-Studie ist auch im September noch ein Thema, das allerdings kaum ausgeprägt ist. In nur 21 Artikeln spielt sie eine Rolle. Zu den fünf häufigsten Themen gehören Arbeitslosigkeit und Finanzen. (Abb. 3)

⁵ Von den 129 Artikeln wurden 54 Artikel mit Fotos oder Grafiken illustriert. Der Anteil der Artikel mit Migrationsbezug, denen Bilder zugeordnet waren, ist mit 12 Artikeln prozentual entsprechend ihrem Anteil an dem gesamten Artikelcorpus (22,2%) vertreten.

⁶ Dass im Dezember 10% der Artikel Kommentare waren, erklärt sich aus dem Erscheinen der PISA-Studie, die im gesamten Blätterwald hohe Beachtung fand und deshalb ja auch als „diskursives“ Ereignis Eingang in diese Untersuchung gefunden hat.

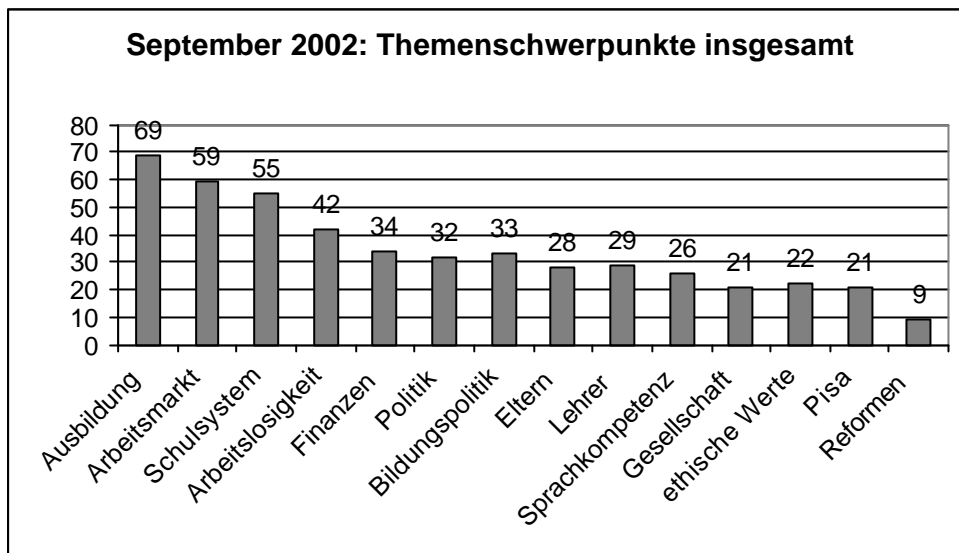


Abb. 3

Die Reihenfolge der Häufigkeit der angesprochenen Themen ist bei den Artikeln mit Migrationsbezug ein wenig anders gewichtet. (Abb. 4) Hier steht die Sprachkompetenz an erster Stelle. Die Themen Schulsystem, Ausbildung und Arbeitsmarkt spielen auch hier eine große Rolle. Doch auch gesellschaftliche Faktoren werden in diesen Artikeln häufiger angesprochen als bei denen, die ohne Migrationsbezug Bildung thematisieren.

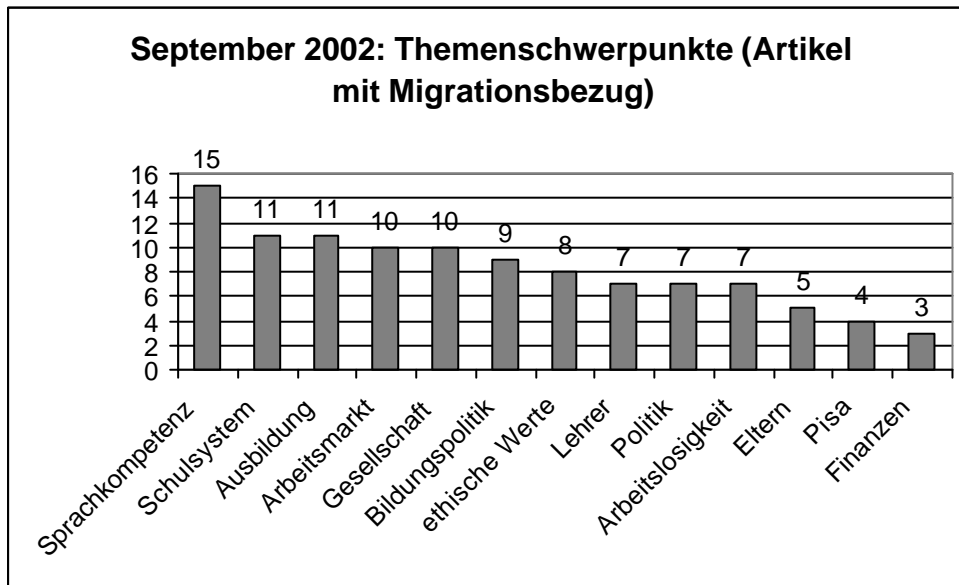


Abb. 4

Strukturanalyse 3: Artikel aus dem Zeitraum 1.1. bis 15.1.2003

Im Januar 2003 wurden bis zur Mitte des Monats 59 Artikel zu bildungspolitischen Themen veröffentlicht. In 6 Artikeln (=10,2%) wurde ein Bezug zu Migration hergestellt. Insofern bestätigt sich auch in diesem Berichtszeitraum der Eindruck, dass die

Verschränkung von Migration und Bildung im deutschen Mediendiskurs nicht sehr stark ausgebildet ist.⁷

Die Varianten der Textsorten sind im Januar vielfältig: Nachrichten 16, Berichte 35, Kommentare 3, Interviews 4 und ein Leserbrief. Waren im Dezember 2001 79% der Artikel Berichte und Nachrichten und im September 2002 93%, so sind dies im Januar 2003 86%. Bei den Artikeln mit Migrationsbezug verengen sich jedoch die Textsortenvarianten. Von den insgesamt nur 6 Artikeln stellen fünf Nachrichten und einer ein Interview dar.

Die Betrachtung der Positionierung der Artikel aus Januar 2003 innerhalb der Zeitung zeigt ebenso wie im September einen deutlicher Unterschied zu der im Dezember 2001, als der größte Teil der Artikel im Mantel erschien. Weniger als die Hälfte (=28) der Artikel erscheinen in der Mantelausgabe; 31 Artikel im Lokalteil. Dies entspricht dem Verhältnis wie es auch im September 2002 anzutreffen war. Bei den Artikeln mit Migrationsbezug dominieren aber die Artikel im Lokalteil: Fünf der sechs sind dort veröffentlicht worden. Dies kann als ein erneuter Verweis darauf gelesen werden, dass die Verschränkung von Bildung und Migration vorwiegend anhand lokaler Ereignisse vorgenommen wird.

Im Januar dominieren bei den angesprochenen Themen Arbeitsmarkt, Arbeitslosigkeit und Ausbildung. Es folgen Schulsystem und Finanzen. Pisa spielt hier mit nur 8 Artikeln eine eher untergeordnete Rolle. (Abb. 5)

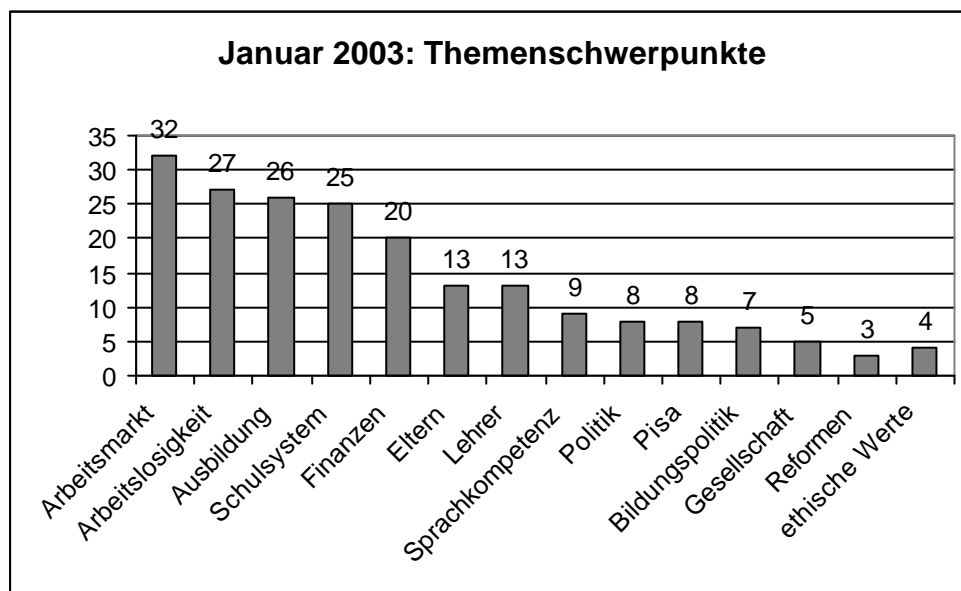


Abb. 5

Die Reihenfolge der Häufigkeit der angesprochenen Themen bei den Artikeln mit Migrationsbezug korrespondiert mit dieser Schwerpunktsetzung: Ausbildung, Arbeitslosigkeit, Schulsystem, Sprachkompetenz und Arbeitsmarkt.

⁷ Von den 59 Artikeln wurden 24 Artikel mit Fotos und/oder Grafiken illustriert. Der Anteil der Artikel mit Migrationsbezug, denen Bilder zugeordnet waren, ist mit 2 Artikeln prozentual entsprechend ihrem Anteil an dem gesamten Artikelcorpus (8,3%) vertreten.

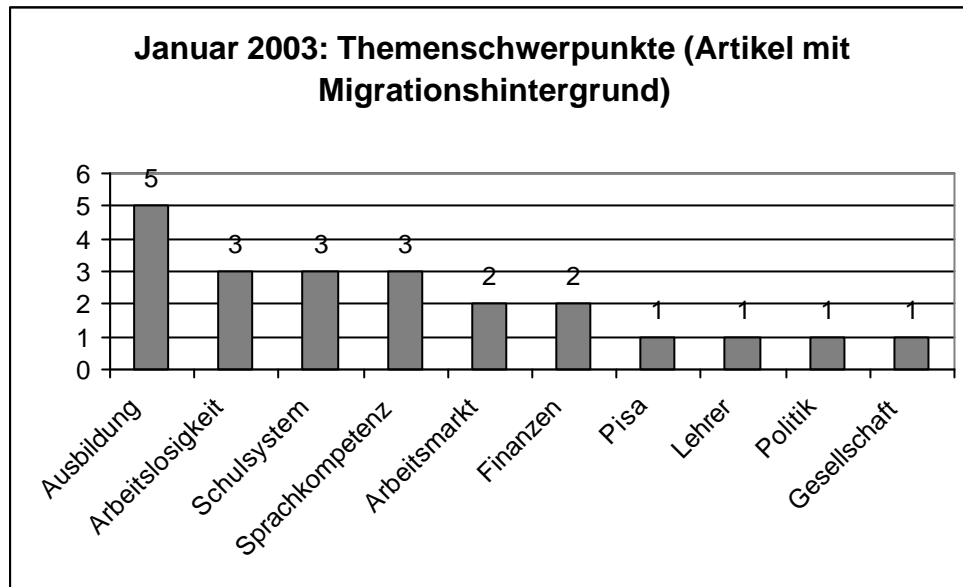


Abb. 6

Auch in diesem Monat hat die Sprachkompetenz bei den Artikeln in Verbindung mit Bildung einen hohen Stellenwert. (Abb. 6)

Strukturanalyse 4: Gesamtzeitraum

Fasst man die gesamten Artikel, die in den Untersuchungszeiträumen veröffentlicht wurden, zusammen, so ergibt sich folgendes Bild, das die Struktur des Diskurses ausmacht:

Von den 332 Artikeln weisen 63 Artikel einen Migrationsbezug auf. Das sind 19% der insgesamt erschienenen Artikel. Die Analyse der einzelnen Monate zeigt zwar durchaus Schwankungen, doch lässt sich insgesamt festhalten, dass die Verschränkung von Migration und Bildung im deutschen Mediendiskurs nicht sehr stark ausgebildet ist.⁸

Es werden alle für Print-Medien wichtigen Textsorten bedient: 173 Berichte, 111 Nachrichten, 21 Kommentare, 18 Leserbriefe und 9 Interviews. Dies kann als ein Hinweis darauf gelesen werden, dass Bildung ein integraler Bestandteil der Berichterstattung ist. Das gilt auch für die Artikel mit Migrationbezug – bezogen auf alle Untersuchungszeiträume.

Mit 190 Artikeln erscheinen etwas mehr als die Hälfte in der Mantelausgabe. 152 Artikel erscheinen im Lokalteil. Die Analyse der einzelnen Monate zeigte jedoch, dass das Übergewicht des Mantelteils sich vor allem aus dem Untersuchungszeitraum Dezember 2001 speist, in dem die Ergebnisse der PISA-Studie der Öffentlichkeit vorgestellt wurden.

Dieser Sachverhalt ist auch bei der Betrachtung der Artikel mit Migrationsbezug zu berücksichtigen. Auch hier überwiegen die Artikel in der Mantelausgabe. (36 zu 28). Sieht man von dem dominanten Ereignis „PISA“ ab, so überwiegen die lokalen Artikel. Dies zeigt, dass die Verschränkung von Bildung und Migration vorwiegend anhand lokaler Ereignisse vorgenommen wird. Für eine Öffentlichkeitsarbeit eines zukünftigen Netzwerkes, mit dem die Bildungschancen von Migrantinnen verbessert werden sollen, bedeutet dies, dass die lokalen Redakteure offensichtlich prinzipiell für solchen

⁸ Von den 332 Artikeln wurden 123 mit Bildern ausgestattet. Der Anteil der Artikel mit Migrationsbezug, denen Bilder zugeordnet waren, ist mit 25 Artikeln prozentual entsprechend ihrem Anteil an den gesamten Artikelcorpus (20,3%) vertreten.

Thematiken offen sind. Sie können als Kooperationspartner in der Weise fungieren, dass sie diese Offenheit auch auf den überlokalen Teil ihrer Zeitung zu übertragen helfen.

Die Darstellung der Häufigkeit der thematischen Komplexe zeigt, dass sowohl in der Gesamtheit der Artikel wie auch in jenen mit Migrationsbezug die Themen Pisa, Schulsystem, Bildungspolitik und Arbeitsmarkt dominieren. (Abb.7)

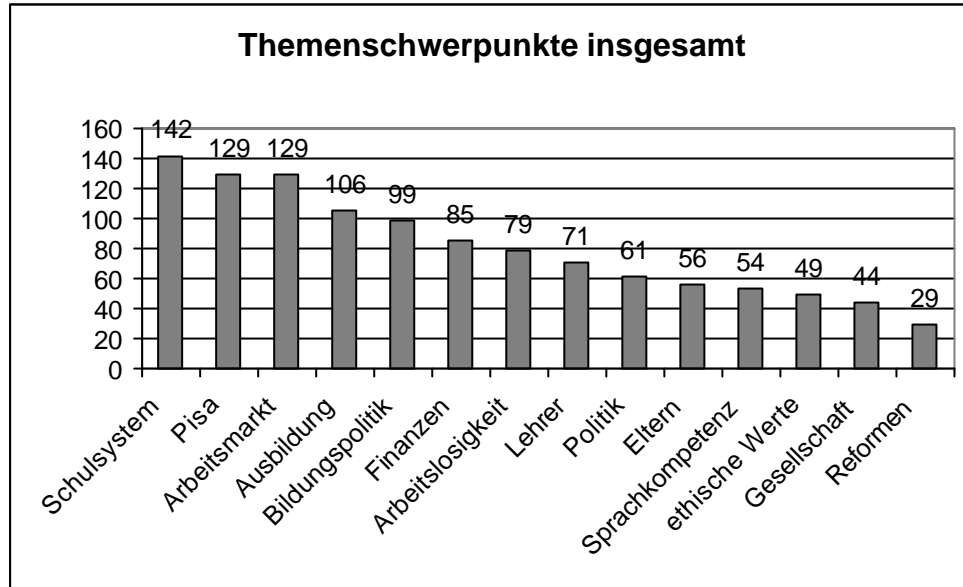


Abb. 7

Für die migrationsbezogenen Artikel kommt die Thematisierung von Sprachkompetenz jedoch noch hinzu, während in allen Artikeln Ausbildung einen hohen Stellenwert hat. (Abb. 8) Hinsichtlich der Migrationsartikel fällt außerdem ins Auge, dass hier gesellschaftliche Aspekte häufiger angesprochen werden als dies bei den restlichen Artikeln der Fall ist.

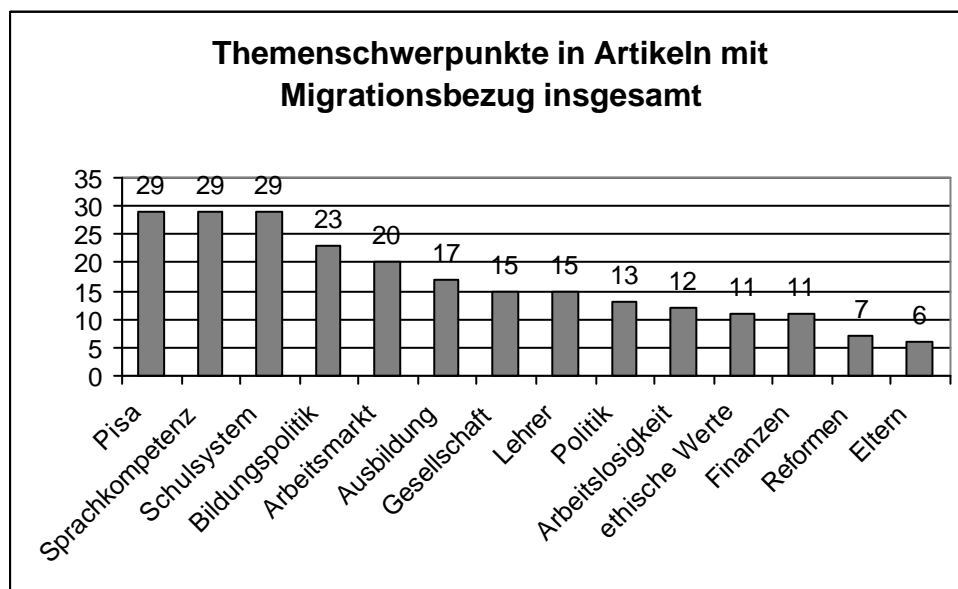


Abb. 8

Möglicherweise wird Migration sehr schnell in einen Zusammenhang mit gesellschaftlichen Fragen und Konzepten gestellt. Um zu solchen Aussagen kommen zu

können ist jedoch die Sichtung des gesamten Sagbarkeitsfeldes – bezogen auf die thematischen Komplexe vonnöten –, was im folgenden geschehen soll.

Die Verknüpfung von Bildung und Migration im Lichte der PISA-Studie

Als im Dezember 2001 der Öffentlichkeit die Ergebnisse der PISA-Studie präsentiert wurden, reagierten Medien und Politik in der gesamten Republik irritiert und geschockt. Die PISA-Studie stellte aber nicht nur die deutsche Bildungspolitik auf den Prüfstand und ließ Zweifel am derzeit gültigen Schulsystem aufkommen. Sie warf auch Fragen auf, die in Verbindung mit Einwanderung und der Integration von Einwanderinnen stehen. Dies deshalb, weil die Studie feststellte, dass SchülerInnen mit Migrationshintergrund in Deutschlands Schulen im Vergleich zu anderen Ländern schlechter integriert sind und deshalb bei den Tests auch schlechter als in vergleichbaren anderen Ländern abschnitten. Der Zusammenhang von Bildung und Migration wurde deshalb in Verbindung mit der Diskussion der PISA-Studie in den Print-Medien der Emscher-Lippe-Region besonders häufig thematisiert.⁹

Einwanderung als Problem und Defizit

Es bestätigt sich, dass die Thematisierung von Bildung in Verbindung mit Migration unter dem Gesamteindruck erfolgt, dass Migration insgesamt eine Belastung für die Gesellschaft sei.¹⁰ Diese Sicht äußert sich auch dann, wenn Kritik an der Mehrheitsgesellschaft laut und darauf hingewiesen wird, dass „die Integration ausländischer Kinder ... in Ländern wie Norwegen, Schweden, Österreich und der Schweiz – bei fast gleicher Problemlage – offenbar besser (gelingt) als in Deutschland.“ (WAZ, 4.12.01) „Auch andere Industrieländer haben eine hohe Zahl von Ausländerkindern in ihren Schulen, die zu Hause oft eine andere Sprache sprechen als mit ‚Pisa‘ untersucht wurde. Gleichwohl gelingt Ländern wie Norwegen, Schweden, Österreich und Schweiz bei fast gleichen Problemen eine deutlich bessere Förderung.“ (BAUER-VERLAG, 5.12.01)¹¹

⁹ Eine stichprobenartige Durchsicht von Artikeln des überregionalen Printmedien-Diskurses offenbarte zum Teil eine direkte Kopplung des (schlechten) Pisa-Ergebnisses mit Migration. Exemplarisch sei an dieser Stelle eine Passage aus dem ausführlichen SPIEGEL-Artikel „Pfuscher am Kind“ angeführt. Bezüglich der Probleme im deutschen Bildungssystem wird als erste (!) These „Zu wenig Integrationsdruck auf nichtdeutsche Schüler“ angeführt und mit einer neorassistischen Argumentation untermauert: „Aufgewachsen sind die meisten dieser Kinder in einer abgeschotteten Parallelgesellschaft, wo alle TV-Schüsseln nach Südosten ausgerichtet sind und wo heiratswillige Männer fügsame, frisch eingeflogene Bräute bevorzugen; die Import-Mütter wiederum sind außer Stande, ihren Kinder Deutsch beizubringen.“ (DER SPIEGEL, 13.05.02, 99)

¹⁰ Dies korrespondiert mit Ergebnissen von Diskursanalysen zur Einwanderung, bei denen sich die Auffassung durchsetzte, dass der Einwanderungsdiskurs in erster Linie ein „Problemdiskurs“ ist. Vgl. etwa Siegfried Jäger, BrandSätze. Rassismus im Alltag, Duisburg 1996; Jürgen Link, Siegfried Jäger (Hg.): Die Vierte Gewalt. Rassismus und die Medien, Duisburg, 1993; Margret Jäger: Fatale Effekte, Duisburg 1996, Margret Jäger, Heiko Kauffmann (Hg.): Leben unter Vorbehalt. Institutioneller Rassismus in Deutschland, Duisburg 2002

¹¹ Der Quellenhinweis „BAUER-VERLAG“ ist so zu verstehen, dass der Artikel in der überlokalen Ausgabe den Zeitungen aus dem BAUER-VERLAG entnommen ist. Wie weiter oben bereits angemerkt, ist der BAUER-VERLAG in verschiedenen Städten der Emscher-Lippe-Region mit Tageszeitungen vertreten. Ähnliches gilt auch für den Quellenhinweis „RUHRNACHRICHTEN“. Diese erscheinen in Dorsten als DORSTENER ZEITUNG und in Haltern als HALTERNER ZEITUNG.

Ganz besonders häufig werden schlechte oder mangelhafte Deutschkenntnisse von Migrantinnen und ihren Kindern als ein Defizit dieser Gruppe wahrgenommen. Entsprechend wird eine besondere Sprachförderung von Migrantenkindern gefordert bzw. kritisiert, dass in diesem Bereich Geld eingespart werden soll. (vgl. Bauer-Verlag, 4.12.01, 10.12.01, Ruhrnachrichten, 20.12.01) Mangelnde Deutschkenntnisse werden eindeutig als ein Integrationshindernis ausgemacht, das im regionalen Mediendiskurs sowohl den Einwanderinnen wie auch der deutschen Gesellschaft zur Last gelegt wird, weil letztere notwendige Hilfestellungen beim Erwerb der deutschen Sprache verweigere.

Bildung, Migration und soziale Benachteiligung

Hervor sticht jedoch, dass sowohl die Probleme mangelnder Sprachkompetenz wie auch das schlechte Abschneiden von Migrantenkindern bei der PISA-Studie in den Zusammenhang von sozialem Gefälle bzw. Benachteiligung innerhalb der deutschen Gesellschaft gestellt werden. Dies kommt zum Ausdruck, wenn der Erfolg von Ganztagschulen darin gesehen wird, dass dann „auch Kinder aus sozial benachteiligten Schichten, von Zuwanderern und Aussiedlern sprachlich mehr gefördert werden“ könnten (WESTFÄLISCHE RUNDSCHAU, 6.12.01). Hier werden – wie in anderen Berichten auch – Migrantinnen in einen engen Zusammenhang mit weiteren sozial benachteiligten Personengruppen gestellt. Dies lässt einerseits die Lesweise zu, dass Migrantinnen insgesamt als Problemgruppe angesehen werden – was als genereller Tatbestand durchaus in Zweifel gezogen werden sollte, da ansonsten rassistische Tendenzen neue diskursive Nahrung erhalten. Andererseits wird dadurch aber auch verdeutlicht, dass Migration in Deutschland ein soziales Risiko darstellt, das von politischer Seite aus beseitigt werden sollte.

Diese Sicht gilt auch für die Beurteilung mangelnder Sprachkenntnisse, die auch bei deutschen SchülerInnen gesehen werden. Selbst die Forderung des stellvertretenden CDU-Vorsitzenden Jürgen Rüttgers, dass „ausländische Kinder bei der Einschulung Deutsch sprechen können“ müssen, wird von ihm damit verbunden, dass zukünftig „verbindliche Sprach-Tests für alle Kinder spätestens für Dreijährige eingeführt werden“ sollen. (BAUER-VERLAG, 10.12.01) Damit erweitert Jürgen Rüttgers die Problemgruppe auf Kinder auch aus deutschen Elternhäusern. Eine (deutsche) Mutter dreier Kinder kommt in der RECKLINGHÄUSER ZEITUNG ausführlich zu Wort: „Um ausländische Kinder besser zu integrieren, müssten diese Deutsch lernen, damit sie dem Unterricht folgen könnten. ‚Aber auch viele deutsche Kinder sind der deutschen Sprache noch lange nicht mächtig.‘“ (28.12.01) Sprache wird häufig als „Schlüsselkompetenz“ angesehen, doch: „Ausgerechnet hier steht es bei den Schülern hierzulande derzeit denkbar schlecht...“ (WESTFÄLISCHE RUNDSCHAU, 6.12.01) Die Sprachkompetenz der SchülerInnen wird hier allgemein als defizitär eingeschätzt, und mit der Wendung „hierzulande“ werden Migrantenkinder in den Kreis der SchülerInnen eingegliedert.

Eine Verquickung von (nationaler) Bildungspolitik und Migration kann auch widersprüchliche Effekte produzieren. So kommentiert ein Leser die Berichterstattung über Pisa in den Zeitungen des BAUER-VERLAGES: „Mir drängt sich der Verdacht auf, dass es sich für die Bildungspolitiker gleich welcher Couleur (sic!) rechnet, statt immense Summen zur Verbesserung des deutschen Bildungssystems zu investieren, gut Ausgebildete (die Kosten für diese qualifizierte Ausbildung hatten doch die Anderen) per ‚Green Card‘ ins Land zu holen“. (BAUER-VERLAG, 12.12.01) Wörtlich genommen fordert dieser Leser den Ausbau des deutschen Bildungssystems, von dem dann (natürlich) auch ausländische Personen profitieren könnten. Die Vermutung liegt jedoch nahe, dass er dies kaum im Sinn hat, wenn er sich gleichzeitig gegen die Green-Card ausspricht und

damit gegen Zuwanderung nach Deutschland.¹² Andererseits wird durch den Hinweis, dass Deutschland mit dem Green-Card Ausbildungskosten auf andere Länder abwälze, Kritik geübt und eine unrechtmäßige Bereicherung unterstellt.

Positiv zugunsten der Kinder mit Migrationshintergrund argumentiert ein Lehrer in den RUHRNACHRICHTEN, wenn er betont, „Schüler ausländischer Herkunft (gehörten) ... abweichend von der Pisa-Studie ... allerdings ,überdurchschnittlich oft zu den leistungsstärksten Schülern““. (18.12.01) Hiermit wird die vorherrschende Verkopplung von Leistungsschwäche und Migration konterkariert.

Sprachkompetenz und Frühförderung im Kindergarten

Ein weiterer Schwerpunkt bei der Betrachtung von Migration und Bildung (nicht nur) im Lichte der PISA-Studie stellt im regionalen Medien-Diskurs die Ausweitung der Sprachkompetenz durch Frühförderung im Kindergartenbereich dar. Ausführlich wird etwa über eine Tagung von 120 Erzieherinnen in Bottrop berichtet, auf der eine Sprachwissenschaftlerin zur Bedeutung der Muttersprache beim Erlernen einer Fremd- bzw. Zweitsprache referierte: „Die paradoxe Einsicht, dass Kinder, die gut türkisch oder kurdisch sprechen, langfristig besser deutsch lernen als Kinder mit geringen oder schlechten Deutschkenntnissen, sei allerdings in unseren einsprachigen Mehrheitsgesellschaften schwer zu vermitteln.“ Zweisprachigkeit werde dann zum Problem, „wenn sie von ... Bildungseinrichtungen ignoriert wird, wenn die Nutzung der Muttersprache unterdrückt wird und im Unterricht in der Mehrheitssprache das vorausgesetzt wird, was eigentlich vermittelt werden müsste.“ (WAZ-BOTTROP, 7.12.01) Auf diese Erkenntnis nimmt dann ein paar Tage später ein weiterer Artikel in der gleichen Zeitung indirekt Bezug, wenn über die gelungene berufliche Integration eines Aussiedlers berichtet und dabei betont wird, dass man bei Zuwanderern, „die ihre Heimatsprache richtig gelernt haben, ... viel besser eine zweite Sprache aufbauen (kann)“: (21.12.01). Mit solchen Beiträgen wird der Tendenz, Migration und Bildung ausschließlich als ein Problemfeld zu sehen, entgegen gewirkt.¹³

Migration und Bildung jenseits der PISA-Studie

Die Furcht vor „dem“ Islam und seinen Kopftüchern

In den Mantel-Ausgaben¹⁴ der untersuchten Zeitungen wird die Verknüpfung von Migration und Bildung vor allem mit dem Aspekt des Islams in Verbindung gebracht.

¹² Damit soll eine politische Position innerhalb des konservativen Spektrums nicht ausgeblendet werden, nach der sich Zuwanderer, sofern sie sich bereits im Land befinden, integrieren und dann auch mit gleichen Rechten (und Pflichten) ausgestattet werden sollen. Weitere Einwanderung wird jedoch strikt abgelehnt, weil ansonsten die „eingeborenen“ Deutschen zur Minderheit werden könnten. Diese Position wurde etwa von dem Niederländer Pim Fortuyn und seiner Liste vertreten. Der Entwurf des neuen „Zuwanderergesetzes“ weist in die gleiche Richtung.

¹³ Eine solche Ausstrahlung ist natürlich sehr begrenzt, wenn Artikel, die eine produktive Perspektive enthalten, nur im Lokalteil der Zeitung auftauchen. Hätte z.B. der Bericht über die Veranstaltung (mit immerhin 120 Erzieherinnen) im überlokalen Teil Platz gefunden, so wäre die Möglichkeit, dass daran – positiv wie negativ – angeknüpft werden kann, größer. Hier scheint die „Vernetzungsfunktion“ des regionalen Mediendiskurses durchaus ausbaubar.

¹⁴ Um die Möglichkeiten, die durch die Schaffung eines regionalen Netzwerkes, mit dem die Chancen von Migrantinnen am Arbeitsmarkt verbessert werden können, genauer ausleuchten zu können, ist es sinnvoll, die Analyse der Berichte über Migration und Bildung zwischen überlokalem und lokalem Erscheinungsort zu differenzieren. Es kann dadurch aufgezeigt werden,

Islamunterricht wird – soweit er in deutscher Sprache vorgenommen wird – als ein „gutes Zeichen ... für ... Integrationsbemühungen“ gewertet. (BAUER-VERLAG, 20.9.02) In diesem Bericht über den Modellversuch „Islamische Unterweisung in deutscher Sprache“ wird jedoch auch hervorgehoben, dass dieser Unterricht zwar „gleichgewichtig neben dem evangelischen und katholischen Religionsunterricht“ stehe und auch versetzungsrelevant sei, doch im Unterschied zu diesem werde „die Verkündigung des Glaubens und die Erziehung zum Glauben ausgespart.“ Damit wird das postulierte Gleichgewicht durch die Hervorhebung der Differenz konterkariert. Eine Erklärung dafür liefert der diskursive Hintergrund des aktuellen Einwanderungsdiskurses, in dem dem Islam häufig ein Hang zum Fundamentalismus nachgesagt wird, wenn er nicht sogar mit letzterem gleichgesetzt wird.

Die Explikation dieses Hintergrundes findet vor allem in den Zeitungen des BAUER-VERLAGES anhand eines „Falles“ statt, der durchaus als typisch für den Einwanderungsdiskurs angesehen werden kann: Einer Erzieherin aus Bergkamen wurde seitens der Stadt gekündigt, weil sie „ihr Kopftuch bei der Arbeit nicht abnehmen wollte.“ (BAUER-VERLAG, 18.9.02) Der Bürgermeister äußert sich nach einem klärenden Gespräch mit der Frau, in dem diese „noch einmal klargestellt (hat), dass sie nicht fundamentalistisch eingestellt sei“, dahingehend, dass „das islamische Kopftuch als religiöses Symbol während des Dienstes ... untragbar“ sei. Die gedankliche Verknüpfung von ‚Kopftuch‘ und ‚islamischem Fundamentalismus‘ ist offenbar so eingehend, dass sie im Artikel nicht in Frage gestellt wird.

Dagegen votiert der örtliche Elternrat in Gestalt seiner Vorsitzenden für eine Wiedereinstellung. Doch kann auch sie „die politische Entscheidung aufgrund des Neutralitätsprinzips nachvollziehen“. Trotz dieses Verständnisses weiß die Zeitung zu berichten: „Die Emotionen in Bergkamen kochen derweil ... hoch.“ Zum Beleg wird ein anonymes Brief angeführt, in dem die Position des Elternrats scharf kritisiert wurde. Ein paar Tage später erscheinen mehrere namentlich gekennzeichnete Leserbriefe, in denen die Entscheidung der Bergkamener Stadtverwaltung diskutiert wird. Diese enthalten rassistische Konstruktionen, etwa wenn behauptet wird, türkische Migrantinnen würden sich im Unterschied zu anderen Nationalitäten in Deutschland nicht integrieren.¹⁵ Darüber hinaus wird unterstellt, der Islam sei nicht tolerant, weshalb der Leser „wie viele (seiner) Nachbarn auch (seine) Kinder nicht den Kopftüchern und somit islamischem Einfluss aussetzen“ will. (BAUER-VERLAG, 24.9.03)

Der Leserbrief, der durch diese Einlassung evoziert wurde, nimmt zwar in der Sache eine entgegengesetzte Haltung ein und geißelt den Leserbrief als ein „Paradebeispiel an deutscher Intoleranz und Spießigkeit“ (BAUER-VERLAG, 25.9.02). Dennoch schreibt er seine Prämissen fort: So meint er, „gerade wir in Deutschland sollten nicht automatisch einen Menschen diskriminieren, nur weil er schwarze Haut hat, ein Kopftuch trägt oder Allah anbetet“. Hier wird eine Anspielung auf den Faschismus und den Holocaust vorgenommen, die auch berechtigt ist. Was aber bedeutet „nicht automatisch“? Wenn die Diskriminierungen mit einem Fehlverhalten seitens dieser Menschen begründet werden,

an welchen Stellen ein Vernetzungsbedarf existiert und mit welchen Handlungsträgern dieser abgedeckt werden kann. Im folgenden wird deshalb dieser Gesichtspunkt in die Analyse einbezogen.

¹⁵ Interessanterweise wird die angebliche Nicht-Integration an einem Ereignis festgemacht, das offenbar in Deutschland identitätsstiftend ist: der Fußballweltmeisterschaft. Den in Deutschland lebenden Türken wird zur Last gelegt, dass sie „die Recklinghäuser Innenstadt stundenlang national-fahnen-schwenkend lahm legten.“ Es ist zu vermuten, dass der Leserbriefschreiber bei einem Sieg der deutschen Mannschaft entsprechende Reaktionen kaum kritisiert hätte.

sind sie dann begründet? Ein weiteres Beispiel: „Solange jeder Mensch die Gesetze des Landes achtet und hier legal lebt, muss ihm diese Gastfreundschaft angeboten werden, zumal sehr viele Moslems seit Jahrzehnten (unauffällig!) in Deutschland leben oder hier geboren sind.“ Hier wird erneut eine Verbindung von Migration und Kriminalität aufgerufen. Auch werden Menschen, die „hier geboren sind“ immer noch als Gäste angesehen. Die Betonung der Unauffälligkeit vieler Moslems legt den Wunsch nach Assimilation nahe, den der Schreiber an anderer Stelle jedoch vehement kritisiert.

Auch der zweite Leserbrief kritisiert die Position des Leserbriefschreibers aus der Ausgabe vom 24.9. Der Vorstellung vom intoleranten Islam wird damit begegnet, dass auf Hexenverbrennungen und Kreuzzüge verwiesen wird, bei denen sich „das Christentum“ keineswegs „mit Toleranz ausgezeichnet“ habe. Insofern findet eine Entkopplung von Islam und Intoleranz statt. Zu bedenken ist aber, dass einer unstatthaften Verallgemeinerung ‚der Islam‘ mit einer weiteren ‚das Christentum‘ begegnet wird.

Ausbildung, Beruf und Arbeitslosigkeit

Neben der Auseinandersetzung um religiöse Fragen und Symbole wird in den Mantelausgaben der Zusammenhang von Migration und Bildung auch auf berufliche Aspekte bezogen. In der WAZ wird zum Beispiel ein Video vorgestellt, das sich mit „Ausländern und ihren Erfahrungen in Deutschland“ beschäftigt. Die kritische Absicht der Dokumentation wird im Artikel nachvollzogen, wenn er folgendermaßen eingeleitet wird: „Was sagt ein Deutscher, wenn er in einer Autowerkstatt von einem Farbigen begrüßt wird?: ‚Wo ist der Chef?‘ Das ist kein Witz, sondern eine Erkenntnis von Augustine Thullah aus Sierra Leone.“ Hier wird eine stereotype Vorstellung konterkariert. Augustine Thullah, „seit 18 Jahren als Mechaniker in einer Kreuzberger Werkstatt“, spricht denn auch aus, wieso dies so ist: Deutsche „können sich nicht vorstellen ‚dass ein Afrikaner ein Auto reparieren kann“. Insgesamt thematisiert der Artikel rassistische Zumutungen von Migrantinnen in Beruf und Alltag, die im Video zur Sprache gebracht werden.¹⁶

Berufliche Aspekte werden aber nicht nur in den Mantelausgaben angesprochen. In der WAZ-BOTTROP wird beispielsweise auf eine Aktion der Firma Mewa-Textil-Service GmbH hingewiesen, die, um „ausländische Mitarbeiter/innen fit für neue berufliche Anforderungen zu machen, ... zwei Deutschkurse anbietet. Organisiert und durchgeführt von der VHS, sei diese „Qualifizierungsmaßnahme „exemplarisch für die neuen Wege der Weiterbildung im Lernort Betrieb“ (28.9.)

Am 13.1.03 erscheint in der HERTENER ALLGEMEINEN in der Rubrik „Schüler machen Zeitung“ ein Artikel, in dem sich der stellvertretende Bürgermeister Herbert Werner in einem Gespräch mit SchülerInnen zu den beruflichen Aussichten der SchülerInnen äußert. Dabei kommt er auch auf Migration zu sprechen: „Die Mitbürger, die aus anderen Ländern wie Polen, Tschechien usw. zu uns stoßen, sind bereit, aufgrund ihrer Lebensumstände für weniger Lohn schwere Arbeit zu übernehmen.“ Dadurch entstünde bei „vielen deutschen Mitbürgern, insbesondere bei Jugendlichen ... Angst, keine Arbeit zu bekommen“. Hier wird ein bekanntes Argument referiert, nach dem Ausländer Deutschen Arbeitsplätze wegnehmen. Und es wird auch der bekannte Zusatz gemacht: Ausländer machen Arbeiten, die Deutsche nicht verrichten wollten. Leider widersprechen

¹⁶ Andere Artikel aus dem beruflichen Sektor nehmen den Aspekt der Migration eher am Rande auf. Wenn etwa in einer Notiz unter dem Titel: „Beliebtester Ausbildungsberuf“ darauf hingewiesen wird, dass besonders „beliebt bei ausländischen Jugendlichen (...) eine Ausbildung zum Friseur oder zur Friseurin“ sei (WAZ, 6.9.02).

die Schüler*innen* dieser verkürzten Sichtweise nicht. So kann sich diskursiv festsetzen, dass Arbeitslosigkeit ein Problem der Konkurrenz zwischen einzelnen Bewerbergruppen sei und keines, das aufgrund fehlender Arbeitsplätze entsteht.¹⁷

Sprachkompetenz und lokale Auswirkungen der PISA-Studie

Das Thema Sprachkompetenz (und wie sich diese für bzw. im Umgang mit Migrant*innen* verbessern ließe) spielt in der Lokalausgaben eine große Rolle. Meist handelt es sich um Informationen über lokale Angebote: In der DORSTENER ZEITUNG wird z.B. darüber berichtet, dass rund 18 Erzieher*innen* an einer Fortbildung zum „Zweitsprachenerwerb“ teilnehmen könnten. Dies solle „Migrantenkindern schon im Kindergarten einen guten Start“ ermöglichen. (27.9.02) Die MARLER ZEITUNG macht auf eine Veranstaltung aufmerksam, bei der es um „Sprachförderung von Anfang an“ geht. Als Hintergrund für eine solche Förderung wird die „wachsende Zahl“ von Migrantenkindern genannt, „deren Deutsch-Kenntnisse zum Kindergarten-Ende nicht ausreichen, um am Schulunterricht teilzunehmen.“ (16.1.03) In der HERTENER ALLGEMEINEN wird darüber informiert, dass die Volkshochschule „wieder ihre Pforten für Migranten, Übersiedler und ausländische Gäste ab 16 Jahren, die Deutsch von Anfang lernen oder vorhandene Deutschkenntnisse ausbauen möchten,“ öffnet. Damit verbunden ist eine Anspielung auf die Ergebnisse der PISA-Studie, wenn es heißt: „Wie wichtig gute Deutschkenntnisse für ausländische Mitbürger sind, hat sich spätestens in den vergangenen Monaten überall herumgesprochen.“ (3.9.02)

Dagegen enthält der Artikel in der BUERSCHEN ZEITUNG (6.9.02) über Alphabetisierungskurse der VHS einen direkten Hinweis auf die PISA-Studie. Der Artikel titelt mit „Bildungstankstelle in Richtung Pisa“. Im Untertitel heißt es: „Die Alphabetisierungskurse werden von 120 Teilnehmer (sic!) besucht und Deutsch als Fremdsprache lernen 500 Ausländer und Zuwanderer.“ In der Nachricht selbst finden Zuwanderer jedoch nur knappe Erwähnung.

Auch ein Artikel in der WAZ BOTTROP stellt die Sprachkompetenz von Migrantenkindern in den Zusammenhang mit der PISA-Studie. Unter dem Titel „Das ‚Kind Bildung‘ aus dem Brunnen holen“ wird über ein Gesprächsforum im Gewerkschaftshaus berichtet, auf dem es um die „Misere an Schulen und Kindergärten“ ging. „Gerade in Migrationsfamilien entstünden .. ‚Parallelwelten‘. Bereits im Kindergartenalter hätten einige ... Schützlinge Bildungsdefizite, etwa bei der Sprachkompetenz...“ (7.9.02) Nicht nur in Bezug auf diese Kinder seien Ganztagschulen „das eigentliche Thema“. Wie im Pisa-Diskurs wird auch in diesem Artikel Migration als eine soziale Benachteiligung gedacht. Deutlich wird aber auch, dass die Probleme in Schulen und Kindergärten vor PISA längst bekannt waren: „Das ‚Kind Bildung‘ ist schon vor der PISA-Studie in den Brunnen gefallen.“ Insofern ist die Diskussion um PISA offenbar für die Akteure ein willkommener Anlass, auf die katastrophale Situation aufmerksam zu machen.

Anders scheint dies im Jugendhilfeausschuss der Stadt Gladbeck gewesen zu sein, über dessen Sitzung die WAZ GLADBECK am 30.9.02 berichtet. Auch dort wird auf PISA Bezug genommen. „Die Ergebnisse der Pisa-Studie haben weite Kreise gezogen: Sie sorgten jetzt auch dafür, dass der Jugendhilfeausschuss sich..... kritisch mit dem Angebot der Kindergärten auseinandersetzte“. Im Artikel werden rassistische Diskriminierungen nahegelegt, ohne dass der Verdacht expliziert wird: „Besondere Probleme bereitet die

¹⁷ Für ein zukünftiges Berufsqualifizierungsnetzwerk ist auch der Hinweis von Bedeutung, dass im gleichen Artikel der Bürgermeister notwendige Netzwerke anspricht, die zwischen Schulleitern und Schulprojekten entstehen sollten. Offenbar besteht aus seiner Perspektive dazu ein Bedarf.

Situation im Gladbecker Süden. Dort besuchen sehr viele ausländische Jungen und Mädchen die Kindergärten. In den kirchlichen Einrichtungen gibt es außerdem lange Wartelisten, in denen fast ausschließlich ausländische Kinder verzeichnet werden.“ Fakt sei, so hieße es im Bericht der Verwaltung, dass im Süden „kein gleichberechtigter Zugang zur vorschulischen Bildung geben sei“.

Leider beschreibt die WAZ nicht, worin das Ungleichgewicht besteht, so dass hier auch der Eindruck entstehen kann, ausländische Kinder würden deutschen Kindern die Plätze in den Kindergärten streitig machen. Es wird zwar eine Benachteiligung von Kindern mit Migrationshintergrund angedeutet, diese wird jedoch nicht als ein strukturelles Problem innerhalb der Gesellschaft perspektiviert.

Schließlich ist ein Artikel für ein zukünftiges Berufsqualifizierungsnetzwerk von Bedeutung, der in der WALTROPER ZEITUNG erschien. Am 27.9.02 ist dort von einer Initiative „Netzwerk Übergang Schule in Beruf“ die Rede. Eine Maßnahme dieses Netzwerkes ist die „Durchführung von Sprachkursen“: Geplant sind muttersprachliche Beratungsgespräche und zweisprachige Informationsveranstaltungen für „Eltern ausländischer Herkunft“. Solche Initiativen sollten auch überlokal bekannt gemacht werden.¹⁸

Aussiedler

Die Probleme von Aussiedlern und ihre Integration sind ein weiteres Themenfeld der lokalen Berichterstattung. Die DORSTENER ZEITUNG veröffentlichte am 24.9.02 einen Artikel unter der Überschrift „Fremde in der Heimat“. Berichtet wird über eine Ausstellung, die „Verständnis für Jugendliche aus Migrationsfamilien“ wecken soll. Auch in diesem Artikel werden „Verständigungsprobleme und mangelnde berufliche Perspektiven“ sowie die „schwierige Lage“ dieser Personengruppe „in Schule und Freizeit“ zum Thema gemacht. Obwohl in diesem Artikel institutionelle Barrieren bei der Einwanderung beschrieben und tendenziell auch skandalisiert werden, wird die Dichotomie von ‚Gast‘ und ‚Gastgeber‘ übernommen: „Wenn Einheimische vom ‚Gastrecht der Ausländer‘ sprechen sollten sie ... darüber nachdenken, dass auch Gastgeber Pflichten haben. Zum Beispiel, wie ein aktives Verständnis von Toleranz gegenüber der Vielfalt der Kulturen und Religionen entwickelt werden kann“.

Auch im Artikel der MARLER ZEITUNG (26.9.02) werden Probleme der Integration von Aussiedlern zum Gegenstand der Nachricht gemacht. Es wird über den Start eines Projektes berichtet, das den 4.500 Spätaussiedlern in Marl Hilfestellung bieten soll. Die Aufgaben reichen vom Aufbau eines Netzwerks zwischen allen, „die irgendwie mit Spätaussiedlern zu tun haben, von der Polizei über das Arbeits- und Sozialamt, die Bildungsberatung bis hin zu den Krankenkassen“ über ein „Lotsen-Modell“, bei dem „Spätaussiedler, die schon länger hier leben, ... ‚Neuankömmlingen‘ bei der Startphase ... weiterhelfen, bis zu Sprachkursen und Freizeit-Aktivitäten für jugendlichen Aussiedler.“¹⁹ Der Artikel enthält neben diesen Informationen auch einige für den derzeitigen Diskurs typische Perspektiven: Es wird das Selbstverständnis der Mehrheitsgesellschaft vermittelt, Hilfestellungen für Migrantinnen zu leisten. Dabei wird die Personengruppe, um die es geht, durchaus einbezogen. Die Problematik, dass diese Personen in dieser Funktion auf ihren Status als „Aussiedler“ reduziert werden, wird nicht gesehen. Eine solch beschränkte Perspektive auf Aussiedler ist für einen erfolgreichen Integrationsprozess hinderlich.

¹⁸ Hier zeigt sich erneut ein Aufgabenfeld für ein künftiges Berufsqualifizierungsnetzwerk.

¹⁹ Auch mit diesem Projekt sollte ein zukünftiges Berufsqualifizierungsnetzwerk kooperieren.

Eine gegenläufige Position wird allerdings durch einen Artikel der WAZ vom 3.1.03 vermittelt. Dort werden in Verbindung mit einem Urteil des VGH harsche Töne angeschlagen. Die Berufungsklage eines Mannes, der 1998 „als deutscher Volkszugehöriger ... aus Russland einreisen durfte“, wurde „wegen mangelnder Deutsch-Kenntnisse“ abgewiesen. Ihm und seiner Familie wurde der „Spätaussiedlerstatus“ nicht zuerkannt. Die Auffassung des Aussiedlerbeauftragten der Bundesregierung wird ausführlich wiedergegeben: „Spätaussiedler müssten künftig schon bei der Einreise nach Deutschland ausreichende Deutsch-Kenntnis nachweisen. Aussiedler müssten über einen ‚einfachen‘ Wortschatz verfügen; sie müssten einfache Sätze bilden können und sich in simplen Alltagsthemen wie Herkunft, Eltern und Kinder, Schule oder Einkauf zurechtfinden.“ Auf den Punkt gebracht: „Wer nicht auf Deutsch nach dem Weg fragen oder sein Bier bestellen kann, müsse zu Hause bleiben“. Hier wird – in der Mantel-Ausgabe der WAZ – die Integrationsleistung einseitig den Aussiedlerinnen abverlangt.

Flucht

Die Thematik Asyl spielt in Verbindung mit Bildung und Migration eher eine untergeordnete Rolle. Im Untersuchungszeitraum wird sie nur einmal ausführlich angesprochen. In einem Artikel der STIMBERGZEITUNG (3.9.02) wird über ein Wochenende mit Asylbewerberinnen aus bzw. in Oer-Erkenschwick berichtet. Der Aspekt der Bildung beschränkt sich jedoch allein auf die Formseite. Schließlich nahmen die Flüchtlinge an einem Seminar teil, in dem sie Gelegenheit hatten „einmal für sich zu sein und sich austauschen zu können“ – so wird die Kursleiterin zitiert. Die ins Bild gesetzten Teilnehmerinnen (und ihre Kinder) stehen vor einer Flip-Chart, was darauf hinweist, dass auch konzentriert gearbeitet wurde. Dabei ging es vor allem um „Konfliktbewältigung“: „In den Asylbewerber-Unterkünften komme es häufig aufgrund der räumlichen Enge zu Konflikten sowohl zwischen den einzelnen Bewohnern, die verschiedenen Kulturkreisen angehören, als auch innerhalb der Familien“. In dieser Perspektive werden die Belange der Frauen zwar mit einer unzureichenden institutionellen Praxis der Mehrheitsgesellschaft in Verbindung gebracht, gleichzeitig werden die Konflikte aber auch ethnisiert und privatisiert, so dass die institutionellen Praxen wieder aus dem Blick geraten. Insofern lässt sich sagen, dass der Beitrag das thematische Potential nicht ausschöpft, weil die aufgeworfenen Fragen nur ansatzweise in Richtung Mehrheitsgesellschaft problematisiert werden.²⁰

Probleme der Mehrheitsgesellschaft, mit Migration umzugehen

In vielen Artikeln, die sich mit Bildung und Migration beschäftigen, werden im regionalen Diskurs Probleme der Mehrheitsgesellschaft, mit Migration umzugehen, aufgeworfen. Diese können sich eher allgemein artikulieren, wie z.B. in den zitierten Leserbriefen mangelnde Toleranz der Deutschen beklagt wird. Auch in Berichten über Ausstellungen

²⁰ Dieser Umstand kann nicht nur mit redaktionellen Gründen erklärt werden, etwa dem, dass der Platz nicht ausreiche, um solche Dinge zu besprechen. Vielmehr verweist er auf eine grundsätzliche Perspektive, die im regionalen Mediendiskurs eingenommen wird und die die Schwerpunkte der Berichte bestimmt: Entweder demonstriert die Mehrheitsgesellschaft ihre Bereitschaft, auf Migrantinnen zuzugehen und „feiert“ diese Aktivitäten, oder es werden Probleme – aus dieser Sicht – aufgezeigt und Bedingungen ihrer Lösung thematisiert, die häufig - aber nicht allein – bei den Migrantinnen ansetzen. Auf diesen Gesichtspunkt wird weiter unten noch einmal eingegangen. Für den hier besprochenen Artikel kann als symptomatisch gelten, dass die weiblichen Flüchtlinge zwar abgebildet sind, aber nicht zu Wort kommen. Für sie spricht die deutsche Kursleiterin.

und Filme wird teils explizit, teils implizit Kritik an der deutschen Gesellschaft geübt und Verständnislosigkeit und soziale Kälte angeprangert. Auch die Darstellung positiver Beispiele, in denen sich die Mehrheitsgesellschaft als integrationswillig positionieren kann, enthalten solche Kritik, wenn z.B. darauf verwiesen wird, dass die „Arbeit nicht unumstritten“ sei. (BUERSCHER ZEITUNG, 11.9.02) Zu bedenken ist jedoch, dass die Kritik in den meisten Fällen an der Oberfläche stecken bleibt und nur moralische Effekte erzielt.²¹

Die Perspektiven und Motive der Berichterstattung

Es versteht sich, dass die vorherrschende Perspektive einer Berichterstattung und/oder Kommentierung von Sachverhalten im Kontext von Migration und Bildung vornehmlich die der Mehrheitsgesellschaft ist. Das ist wenig verwunderlich und als solches auch nicht zu kritisieren. Eine Analyse der Perspektiveinnahmen kann aber dennoch weiteren Aufschluss über die Beschaffenheit eines Diskurses insofern geben, als deutlich werden kann, ob der herrschende Diskurs offen für weitere bzw. andere Perspektiven als die der Mehrheitsgesellschaft ist. Anders gesagt stellt sich die Frage, ob sich auch Perspektiven und Sichtweisen von Migrantinnen zur Geltung bringen können.

Und hier ist festzustellen, dass der regionale Diskurs in Verbindung mit Bildung und Migration diese Offenheit in einer sehr spezifischen Weise produziert. Vor allem die Beiträge, die in den Lokalausgaben der Zeitungen erscheinen, geben bereits durch ihre Überschriften zu erkennen, dass sie ein positives Selbstbild der Gesellschaft bzw. der im Artikel angesprochenen Personen zu produzieren gedenken: „Gutes Beispiel für Integration“, so titelt etwa die HERTENER ALLGEMEINE am 24.9.02. Im Text geht es um eine Veranstaltung, bei der der Verein „Schürmannwiese“ seine vielfältige Arbeit vorstellen konnte. Auch der Artikel in der STIMBERGZEITUNG vom 3.9.02 stellt die Veranstalter der im Artikel beschriebenen Seminare positiv heraus mit der Überschrift: „Seminare stoßen auf viel Interesse“. Innerhalb der Berichte über positive Intergrationsaktivitäten kommen dann aber auch vielfach die „Profiteure“ zu Wort. Sie werden zitiert und können damit ihre Perspektive auf Deutschland in den Diskurs einbringen. Dies geschieht – wie bereits deutlich wurde – auch in Kritik an der Mehrheitsgesellschaft, wenn ihr auch von Migrantinnen ein mangelnder Integrationswille bescheinigt wird. Auf welche Weise sich die unterschiedlichen Sichtweisen in einem Artikel bündeln und mischen können, wird in dem Bericht der WALTROPER ZEITUNG vom 20.12.01 exemplarisch deutlich.

Unter dem Titel „Hoffen auf eine Zukunft in ‚fremder Heimat‘. INTEGRATION: Aussiedler absolvieren erfolgreich berufsorientierten Sprachkurs“ wird der Lebensweg einer Aussiedlerin und eines Aussiedlers geschildert. Sie werden mehrfach zitiert und sogar mit einem kleinen Portraitfoto aus ihrer Anonymität herausgeholt.²² Sie können ihre Motive, nach Deutschland zu kommen, äußern, z.B. das berufliche Fortkommen der Kinder sowie unzumutbare Arbeitsbedingungen in Russland (tägliche Arbeitszeiten von bis zu 18 Stunden). Doch auch die Sicht der „eingeborenen“ Aussiedler-Betreuerinnen bringt sich zur Geltung. Ihr Beitrag zur Integration wird herausgestellt: Sie versuchen, „den Aussiedlern im Alltag beizustehen und ihnen in allen Lebenslagen zu helfen. Gemeinsam feilen sie an einer Zukunft in Recklinghausen“. Mit dem Schlusssatz wird sogar ein

²¹ Damit soll die Wirksamkeit moralischer Anrufungen nicht bestritten und vor allem nicht kritisiert werden. Um jedoch gesellschaftliche Strukturen einer Änderung zuzuführen, sind genauere Analysen institutioneller und politischer Praxen notwendig. Sie können nicht nur, aber auch, im Mediendiskurs erfolgen.

²² Neben diesen kleineren Fotos enthält der Artikel ein größeres, auf dem offenbar alle Teilnehmerinnen des Kurses abgebildet sind.

gleichberechtigtes Miteinander nahegelegt. Dennoch verhindert die dominante Perspektive der Mehrheitsgesellschaft auch, dass Kritik an der Gesellschaft geäußert wird. Im Gegenteil: Es wird sogar hervorgehoben, dass die beiden „unter Vorurteilen und Fremdenhass ... bisher noch nicht leiden“ mussten. Bezeichnend ist auch, dass der berufliche Abstieg, den die beiden hinnehmen müssen, nicht problematisiert wird. So wird lakonisch darauf hingewiesen, dass die junge Frau als Lehrerin in Recklinghausen „nicht wieder Fuß fassen wird.“

In einem ähnlich gelagerten Artikel der WAZ-BOTTROP, in dem die Bildungskarriere eines jungen „Bosniers“ ausführlich geschildert wird, kommt die Dominanz der Perspektive der Mehrheitsgesellschaft im Schlussteil zum Ausdruck. Der junge Mann, der es mittlerweile zu einem Ausbildungsvertrag bei der WAZ (!) gebracht hat, wird gefragt, in welcher Sprache er träume. Seine Antwort „[I]n Deutsch“ bringt den gelungenen Integrationsprozess sozusagen auf den Punkt. Dennoch wird er weiterhin als Migrant wahrgenommen, wenn es in der nächsten Passage heißt, dass er „sicherlich von zu Hause“ träume. Dieses Zuhause ist Tuzla, wo seine Eltern wohnen. (21.12.01)²³

Die Problematik solcher Darstellungen liegt nun nicht darin, dass hier über positive Aktivitäten und Integrationsbemühungen berichtet wird. Im Gegenteil, dies ist unter dem Gesichtspunkt, Migration nicht ständig als ein Problem wahrzunehmen, ein positiver Effekt. Damit jedoch solche Artikel nicht den Effekt erzeugen, die Öffentlichkeit in einen Zufriedenheitstaumel zu versetzen, sollte auch in solchen Artikeln die Kritik an den Integrations-Bedingungen nicht ausgeblendet werden.

Neben Artikeln, in denen die unterschiedlichen Perspektiven miteinander vermischt werden, sind aber auch solche zu finden, in denen dies nicht der Fall ist. Dies gilt z.B., wenn über Diskussionsrunden berichtet wird, in denen über Kompetenzen und Probleme von Migrantinnen und ihren Kindern die Rede ist, bei der Diskussion aber kein/e Migrantin anwesend ist. (z.B. HALTERNER ZEITUNG, 22.12.01). Dies geschieht in Deutschland natürlich durchweg, sollte allerdings von kritischen Journalistinnen auch wahrgenommen und thematisiert werden. Umgekehrt lassen sich im regionalen Diskurs aber auch dann und wann Artikel auffinden, in denen die herrschende Sichtweise konterkariert und damit in Frage gestellt wird. (z.B. WAZ, 13.9.02)

Benennungspraxen als Ausdruck von Konzeptualisierung von Migration

Benennungen von Personen bzw. Personengruppen tragen zu deren Positionierung in der Gesellschaft bei. Sie beeinflussen somit auch ihre jeweiligen schulischen und beruflichen Chancen. Dies trifft selbstverständlich auch auf Personen zu, die (bzw. deren Vorfahren) in die Bundesrepublik Deutschland eingewandert sind, um in diesem Land ihren Lebensalltag zu bestreiten.

Eine relative terminologische Klarheit und Stabilität lässt sich hinsichtlich jener Personen diagnostizieren, die aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion in die Bundesrepublik einwander(te)n und auf der Grundlage des Artikels 116 GG nach dem Kriterium der

²³ Auch in diesem Artikel mischen sich positive Darstellung einer deutschen Institution – in diesem Falle der RAA Bottrop – mit der Portraitureung des Migrantens. So wird auf die prekäre personelle Ausstattung der RAA hingewiesen: angesichts knapper Kasse ... (gebe es) keine ABM-Stellen mehr, (die aber) bitter nötig“ seien. Es darf daher vermutet werden, dass der diskursive Einsatz solcher Artikel auch darin besteht, den gesellschaftlichen Nutzen solcher Institutionen und Initiativen zu betonen, um ihren Fortbestand öffentlich abzusichern.

„Volkszugehörigkeit“ die deutsche Staatsbürgerschaft erhielten bzw. erhalten. Sie werden im regionalen Diskurs als ‚(Spät-)Aussiedler‘ oder – seltener – ‚Übersiedler‘ bezeichnet.

Ganz anders stellt sich die Situation hinsichtlich jener Personen dar, die bzw. deren Vorfahren seit den 1950er Jahren nicht als „Volkszugehörige“ nach Artikel 116 GG in die BRD einwander(te)n. Für sie finden sich in den Untersuchungszeiträumen zahlreiche Bezeichnungen. Am häufigsten werden Personen bzw. Personengruppen (Kinder, Mitbürger etc.) mit dem Attribut ‚ausländisch‘ versehen, gleichfalls mehrfach werden Personen als ‚Ausländer‘, ‚Migrantenkinder‘, ‚Zuwanderer‘ und ‚Ausländerkinder‘, Personen ‚ausländischer Herkunft‘, ‚Zuwandererkinder‘, ‚Kinder von Zuwandererfamilien‘ sowie ‚Jugendliche aus Migrationsfamilien‘ bezeichnet.²⁴ Teils werden sie auch als ‚Bosnier‘, ‚Türkin‘ und ‚Weißrussin‘ national definiert.

Diese Vielfalt reproduziert eine Konfusion über die Zugehörigkeit zur bundesdeutschen Gesellschaft, die – trotz der Reform des Staatsbürgerschaftsrechts 1999 - primär (eben nach Art. 116 GG) noch immer auf der Grundlage der ‚Abstammung‘ geregelt ist. Entsprechend besteht keineswegs Klarheit darüber, ob in den untersuchten Artikeln nur Personen ohne deutsche Staatsbürgerschaft (folglich mit juristischem ‚Ausländer‘-Status) oder sämtliche Personen mit Migrationshintergrund (welche gerade nach der Staatsbürgerrechtsreform auch oder ausschließlich die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen können) als ‚Ausländer‘ oder ‚ausländische‘ Personen gelten.²⁵

In mehreren Artikeln werden Personen mit Migrationshintergrund auch dann unhinterfragt ihrem Herkunftsland bzw. dem Herkunftsland ihrer Vorfahren zugeschlagen, wenn sie bereits viele Jahre in der Bundesrepublik leben. So bleibt Sasa Grgic selbstverständlich der „junge Bosnier aus Tuzla“, obwohl er dem Artikel zufolge in deutscher Sprache denkt, zählt und träumt (vgl. WAZ-BOTTROP 21.12.2001). Auch in der Berichterstattung zur Entlassung der Kindergärtnerin Selma Gümüz, deren Kopftuch nach Einschätzung des Bergkamener Bürgermeisters als religiöses Symbol gegen das Neutralitätsgebot verstieß, galt die Frau als „türkische Kindergärtnerin“ und „Türkin“ (BAUER-VERLAG, 18.09.2002).

So lässt sich auch mit dem undifferenzierten Gebrauch des Attributs ‚ausländisch‘ bzw. der Kategorie ‚Ausländer‘ sowie der fixen Zuschreibung einer bestimmten nationalen Zugehörigkeit begründen, dass auch Personen, die langjährig (z.T. ihr ganzes Leben und / oder als deutsche Staatsbürger) in der Bundesrepublik leben, nicht selbstverständlich als gleichberechtigte Mitglieder der bundesdeutschen Gesellschaft thematisiert werden.

²⁴ In Ausnahmefällen werden auch Aussiedlerinnen auch als Migrantinnen verstanden (vgl. DORSTENER ZEITUNG, 24.09.02). Dadurch werden die völkischen Implikationen der Trennung zwischen diesen beiden Kategorien diskursiv zurückgedrängt.

²⁵ Als symptomatisch kann ein Zitat aus der WAZ angesehen werden: „30% der Schulkinder in NRW, sagte Clement, sind Ausländer – mehr als in den übrigen Bundesländern.“ (WAZ, 15.12.2001). Nur wenig mehr als ein Jahr zuvor wurden in einer Landtagsrede von Sylvia Löhrmann MdL (Fraktionsvorsitzende B90 / Die Grünen) jene 30% auf sämtliche Schulkinder mit Migrationshintergrund bezogen: „Wir wissen aber doch [...], dass wir in den Schulen 30% Kinder mit Migrationshintergrund haben.“

(<http://www.gruene.landtag.nrw.de/archiv/2000/reden00/006.htm#Hochbegabte>)

Die Unklarheiten setzen sich auch auf der Website der NRW-Landesregierung fort, wo eine Identität zwischen dem Anteil von ‚Menschen, deren Familien aus dem Ausland stammen‘ und dem ‚Ausländeranteil‘ nahe gelegt wird: „So haben junge Menschen, deren Familien aus dem Ausland stammen, bei den Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren einen Anteil von 14,6 %, während der Ausländeranteil an der Gesamtbevölkerung nur 11,2 % beträgt.“

(<http://www.nrw.de/landnrw/nrwlex/lexkinder.htm>)

Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Gegenstand der vorliegenden Analyse ist der Zusammenhang von Migration, Arbeitsmarkt und Bildung auf der Diskursebene der regionalen bzw. lokalen Medien, Ausgewählt wurden hierfür Artikel aus den Mänteln wie auch Lokalteilen von 12 Regionalzeitungen, die in den Analysezeiträumen Dezember 2001, September 2002 und Januar 2003 veröffentlicht wurden.

Eine Strukturanalyse der betreffenden Ausgaben zeigte, dass sich in allen drei Untersuchungszeiträumen jeweils relativ selten Verschränkungen von Migrations- und Bildungsdiskurs feststellen ließen. Doch es lassen sich auch Differenzen zwischen den Untersuchungszeiträumen diagnostizieren. So dominiert die Thematisierung der PISA-Studie (erwartungsgemäß) im Dezember 2001, dem Monat ihres Erscheinens. Die Artikel mit Migrationsbezug finden sich in diesem Untersuchungszeitraum vor allem im Mantelteil, in den anderen Monaten dagegen überwiegen Artikel zu Migration und Bildung in den Lokalteilen. Dies weist darauf hin, dass in den Lokalredaktionen dieser Zusammenhang durchaus gesehen wird. Für ein zu installierendes Netzwerk zu Migration und Bildung bietet es sich daher an, einen engen Kooperationskontakt mit den Lokalredaktionen zu suchen. Zugleich ergibt sich die Notwendigkeit, diesen Zusammenhang auch überlokal verstärkt zu thematisieren. Die relativ geringe Anzahl von Artikeln mit Migrationsbezug verweist aber insgesamt auf eine nur sehr schwach ausgebildete Sensibilisierung hinsichtlich des Zusammenhangs von Migration, Schule, Ausbildung und Beruf bei den Journalistinnen.

Die weitere Analyse konnte ermitteln, dass für die Berichterstattung die Kopplung von Migration und (Sprach- und Integrations-) Problemen kennzeichnend ist.²⁶ Es werden mangelnde Deutsch-Kenntnisse beklagt und im Raum der Politik erhobene Forderungen nach einem verbesserten Sprachförderunterricht aufgenommen, wobei eine strikte bis rigide sprachliche Eingliederung als erforderlich angesehen wird (vgl. BAUER-VERLAG, 10.12.01); es wird aber auch – leider nur in Lokalteilen – über die Bedeutung des muttersprachlichen Unterrichts für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund diskutiert. (vgl. WAZ BOTTROP).

Diese Probleme werden jedoch zumeist gesellschaftlich kontextualisiert – wenn etwa darauf hingewiesen wird, dass es in der BRD auch andere Personengruppen gibt, die sozial benachteiligt sind. Sprachliche Fähigkeiten werden generell als „Schlüsselkompetenzen“ angesehen, die die Basis für weiteren Wissenserwerb – auch bei deutschen Schülerinnen – bilden. Vor allem als Konsequenz des miserablen

^a Die Wahrnehmung von Migration als ein enormes gesellschaftliches Problem ist nicht auf die Print-Medien und auch nicht auf den Aspekt Bildung beschränkt. Sie kann als ein Essential des Einwanderungsdiskurses angesehen werden. Es ist deshalb im Sinne einer nicht diskriminierenden Praxis häufig gefordert worden, Migrantinnen nicht auf diesen Status zu begrenzen, sondern ihre darüber hinausgehende Lebenswelt zu berücksichtigen. In einem Interview, das wir in Verbindung mit dieser Untersuchung mit einer Redakteurin einer lokalen Radiostation in der Region Emscher-Lippe geführt haben, zeigte sich jedoch, dass eine solche Forderung auch missverstanden werden kann. Auf unsere Frage, ob die spezifische Situation von Personen mit Migrationshintergrund eine systematische Berücksichtigung in der Personalstruktur oder der Programmgestaltung findet, verneint die Redakteurin dies mit der Begründung: „Wir betrachten eigentlich das Problem Ausländer auch nicht als Problem [sic].“ Damit wird der ‚wunde Punkt‘, Migration als Problem zu sehen, zwar umgangen, im Resultat wird jedoch eine ganze Bevölkerungsgruppe (Menschen mit Migrationshintergrund) diskursiv ausgeblendet. Um diesem vermeintlichen Dilemma zu entgehen, sollten Personen mit Migrationshintergrund verstärkt als Akteurinnen (und nicht als Objekte) in Erscheinung treten.

Abschneidens der Schüler*innen* in Deutschland bei der PISA-Studie wird eine Ausweitung der Vorschul- und Ganztagsbetreuung als notwendig angesehen.

Zu bedenken ist hierbei jedoch, dass damit gleichzeitig zusätzliche Anforderungen – nicht nur, aber vor allem – an Migrantenkinder ins Haus stehen, die deren Alltag und Entfaltungsmöglichkeiten beschränken (können). Eine Debatte darüber, in welchen Formen und mit welchen Inhalten solche (Sprach-) Förderungen stattfinden sollten, steht noch aus und sollte von einem zukünftigen Netzwerk angestoßen und mitgestaltet werden.

In Verbindung mit Bildung werden auch im regionalen Mediendiskurs wahrgenommene Differenzen zwischen Einwander*innen* und ‚Eingeborenen‘ häufig und in teilweise rassistischer Manier an ‚den Islam‘ gekoppelt. Die Debatte, ob es z.B. Erzieherinnen im Kindergarten gestattet werden sollte, ein Kopftuch zu tragen, wird auch in den regionalen Print-Medien geführt. Festzustellen ist dabei, dass sowohl die Befürworter wie auch die Gegner einer Kleiderordnung mit rassistischen Prämissen operieren. Dieser Fall liegt zum Beispiel dann vor, wenn zur Toleranz gegenüber Personen mit Migrationshintergrund aufgerufen wird, diese jedoch weiterhin als Gäste angesehen werden, und/oder das Wohlwollen der Mehrheitsgesellschaft daran gebunden wird, dass sich eine Person legal und unauffällig in Deutschland aufhält.

Der Befund, dass im regionalen Diskurs „Bildung und Migration“ auch rassistisches und/oder ethnozentristisches Wissen (re-)produziert wird, bedeutet für eine Kooperation mit Journalisten innerhalb eines BQN, dass eine konsequent selbstreflexive journalistische Praxis eingefordert werden sollte. Darunter ist zu verstehen, dass Journalist*innen* sich nicht nur als Vermittler*innen* von Fakten verstehen, sondern berücksichtigen, dass sie immer in einen bestimmten gesellschaftlich-diskursiven Kontext hinein produzieren, den sie zugleich fortschreiben.

Die Berichterstattung enthält im gesamten Analysezeitraum sowohl auf lokaler wie auch auf überlokaler Ebene immer wieder Artikel, in denen kritisch auf Probleme der Mehrheitsgesellschaft verwiesen wird, mit Migration umzugehen und sich an einem Integrationsprozess zu beteiligen. Festzustellen ist jedoch, dass es allenfalls ansatzweise gelingt, die institutionellen und gesellschaftlichen Hindernisse auszumachen, mit denen Migrant*innen* konfrontiert sind. Diese Ansätze auszubauen sollte ein Anliegen eines künftigen BQN sein.

Dies gilt in gleicher Weise für die Reflexion der unterschiedlichen Sichtweisen, die sich im Zusammenhang mit Migrationsbiografien ergeben. Die Analyse der jeweils spezifischen Wahrnehmungen und Einstellungen, die in die Artikel einfließen, konnte zeigen, dass – vor allem im lokalen Diskurs – die Artikel von positiver Selbstdarstellung der Mehrheitsgesellschaft bzw. einzelner Institutionen und Initiativen geprägt sind. Es kann so der Eindruck entstehen, dass es an vielfältigen Aktivitäten in Verbindung mit Migration und Bildung nicht mangelt. In solchen Berichten über Veranstaltungen, Seminare, Sprachkurse etc. wird dann durchaus auch die Perspektive von Migrant*innen* eingebracht. Auch in solchen Berichten und Reportagen wird jedoch die Kritik an den Migrationsbedingungen in der BRD in der Regel ausgeblendet.

Die Analyse der Benennungen von Personen und Personengruppen mit Migrationshintergrund konnte weitestgehende terminologische Konfusion offen legen. Vor allem trifft dies für das Attribut „ausländisch“ und die Kategorie „Ausländer“ zu. Journalist*innen* sollten deshalb zu einheitlichen und vor allem nachvollziehbaren Benennungen bewogen werden. Dabei kann etwa die Bezeichnung „Person(en) mit (türkischem/bosnischen etc.) Migrationshintergrund“ als Ausgangspunkt dienen. Die

Termini ‚Ausländer‘ / ausländisch‘ sollten möglichst nur als juristische Begriffe verwendet werden.

In den untersuchten Medien zeigt sich insgesamt, dass hier bei allem Bemühen um eine vorurteilsfreie Berichterstattung erhebliche Defizite und Einseitigkeiten zu beobachten sind. Das Thema Einwanderung und Ausbildung wird zwar angesprochen, die damit verbundenen Schwierigkeiten, vor allem aber die sich anbietenden Lösungsmöglichkeiten sind jedoch vielfach unterbelichtet. Aus diesem Grunde und um eine nachhaltige Vernetzung zwischen den in diesem Komplex agierenden Handlungsträgern zu installieren, bietet es sich an, eng mit Journalist^{innen} aus den regionalen Print- und Hörfunkmedien und sonstigen regionalen Multiplikator^{innen} (Z.B. Lehrer^{innen}, Pressesprecher^{innen}, Leiter^{innen} von Personalabteilungen, etc.) zu kooperieren, etwa auch in Gestalt regelmäßig durchzuführender gemeinsamer Workshops. Zu prüfen wäre zudem, ob und wie die angesprochene Problematik für die Journalist^{innenausbildung} generell fruchtbar zu machen wäre.

Nachbemerkung:

Diese Analyse wurde von Dr. Margarete Jäger, Björn Carius und Arndt Keßner erarbeitet.